Jahrgang No. 508

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Sonnabend, 29. Oktober 1910

Ein Angstprodukt.

r Bund der Landwirte, Provinzialabteilung für Ost-
n, hat an seine Mitglieder im Kreise Wehlau ein ver-
ches Schreiben gerichtet, in dem es nach der „Königsb.
nglschen Zeitung" heißt:

ie Reichstagsersatzwahl steht vor der Tür! Für die konser-
e Partei und Bund der Landwirte vielleicht die schwer-
endste Wahl, welche im Osten ausgefochten wird. Ist es doch
mpfsicht beider, für Ostpreußen die Scharte Olesko-Lyck wieder
uswetzen.

as muß unter allen Umständen durch einen glänzenden
hlsieg unseres Kandidaten Burchard im ersten Wahl-
erreicht werden, damit nicht der Makel auf uns Ostpreußen
n bleibt, **daß unsere ländlichen Wahlkreise bereits für
sabundgeld feil sind. (!)**

Wir wollen und müssen den Beweis liefern, daß der demo-
tische Zug unserer Zeit — wie er beim Freisinn durch
schränkung der Rechte des Kaisers, bei der Sozialdemokratie
h den offen proklamierten Umsturz der heutigen Staats- und
llschaftsordnung in Erscheinung tritt — an dem bewährten
gstreuen und patriotischen Sinn der Ostpreußen zerschellen soll.
s gilt ein Wahrzeichen aufzurichten, das diesen Gegnern
weithin leuchtender Flammenschrift entgegenruft: „Bis hierher
nicht weiter."

er Ausfall dieser Wahl ist für die konservative Partei —
nur Ostpreußens — nein: Preußens und ganz Deutschlands
ausschlaggebender Bedeutung. Ihr für uns
licher Ausgang wird **alle verzagten Gemüter wieder auf-
ten** und aller derer Herzen mit neuer Hoffnung erfüllen, welche
tiefem Schmerz auf die zügellos demokratische Ent-
lung der letzten Jahre blicken. (!) Es gilt: „Das Schwer-
ngene zu erhalten!" „Mit Deutschlands Landwirtschaft
und fällt Deutschlands Herrlichkeit!"

m unsere Existenz — unser „Sein oder Nichtsein"
s! Fürwahr — eine beispiellos ernste Zeit! —
steht auf dem Spiel! Es gilt, den Kampf für unser geliebtes
cherhaus und ein starkes Königtum, das Preußen groß ge-
t: Den Kampf für echtes Christentum und nicht zuletzt für
s und Hof — für unsere Familie.

Wir müssen siegen in diesem Kampfe — können es aber nur,
n wir alle geschlossen stehen gegen den gemeinsamen Gegner
beiden Lagern — gegen Freisinn und Sozialdemokratie, gegen
s- und Bauernbund — diese neuesten freisinnigen Hilfsorganis-
nen.

Wir haben uns, sagt die „Königsb. Hart. Ztg." dazu, beim
dieses Angstproduktes herzlich gefreut. Bestätigt
s doch, daß der als Bewerber um das Mandat angeblich
ernst genommene Liberalismus ein Gegner ist, vor dem
unde die Zähne klappern. Denn aus dem ganzen Mach-
spricht die blasse Furcht vor der Niederlage. . . Zum
n aber ist es, wenn der Bund, der Lehrmeister demagogi-
Verhetzung, der seinen sozialdemokratischen Partner längst
n Vielfaches übertroffen hat, der Bund, der selbst den
hftlichen Boykott über Andersdenkende auf sein blau-
zes Banner geschrieben hat, wenn diese Junker à la
burg, die mit Kanzlern und Ministern umspringen wie
Marionetten, sich über die zügellose demokrati-
Entwickelung der letzten Jahre entsetzen. Wer er-
die Gracchen, die um Aufruhr Klage erheben?

nn schließlich der Aufruf des Bundes die Kühnheit be-
s als die heiligste Pflicht der Bundesbrüder zu bezeichnen,
Erstreitung eines Wahlsieges ihres Kandidaten mitzu-
, um „die Ehre Ostpreußens, die in Olesko
en Staub gezogen wurde, wiederherzu-
n", so gibt es für eine solche anmaßende Bekämpfung
eralismus einen parlamentarischen Ausdruck überhaupt
Es wäre schlimm bestellt um die Ehre Ost-
ns, wenn sie in der Hand des Bundes der Land-
e gelegt wäre, dieser einseitigen Interessenvertretung, die
ahr und Tag ihre Aufgabe darin erblickt, durch eine
llose Hetze unser ganzes öffentliches Leben zu zerfetzen,
deren Herrschaft auch zahlreiche einsichtige, vaterlands-
e konservative Männer sich aufbäumen."

---

e neue Anleihe. Offiziös wird mitgeteilt: Durch Abstriche
Einzelstats ist es gelungen, den Betrag der Anleihe,
die im neuen Reichshaushaltsetat der Ausgleich
n Einnahmen und Ausgaben herbeigeführt werden
erheblich herabzudrücken. Er beläuft sich dem Vernehmen
auf etwas mehr als 100 Millionen Mark,
nd man ihn bisher auf 150 Millionen geschätzt hatte.
Staatssekretär des Reichsschatzamts ist der Meinung, daß eine
chssteuer auf das mobile Kapital in Deutschland
möglich sei und die Annahme einer Besteuerung des Zuwachses
Erbfalle „nach Lage der politischen Verhältnisse" aus-
ssen erscheine. Also auch hier wieder die Schonung der
er!

neraldirektor Ballin ist erkrankt. Wie die Hamburg-
ika-Linie mitteilt, ist der Generaldirektor Ballin auf einer
tsreise von einer Influenza befallen worden, die er in vier
überwand. Er schonte sich dann aber nicht genügend,
s die Influenza eine Rippenfellentzündung im
e gehabt hat. Diese ist bereits in der Heilung begriffen.
rat Professor Goldscheider, der mit den Hamburger Aerzten
ege übernommen hat, versichert, daß Herr Ballin in 10 Tagen
gesund sein werde.

**n demokratischer Volksverein für den Reichstagswahl-
Sonneberg-Saalfeld** hatte sich in der Spielwarenindustrie-
Sonneberg, wie wir berichtet haben, gebildet. Am Donners-
nd eine von 500 Personen besuchte Versammlung statt, in der
udolf Breitscheid über „Demokratie und Bürger-
sprach. Zahlreiche Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei
es Vereins Liberale Jugend traten der neuen demokratischen
bei. Da der seitherige Reichstagsabgeordnete, der Freisinnige
ers, in diesem Wahlkreise nicht mehr zu kandidieren denkt,
man auch dem Gedanken einer eigenen demokratischen Reichstags-

Kurze Chronik.

* Der Betrag der Anleihe zur Balancierung des Reichsetats 1911 soll etwa 100 Millionen Mark betragen.

* Der preußische Justizminister hat den Antrag der Verteidiger der wegen der Moabiter Krawalle Angeklagten, diese nicht der dritten Strafkammer zuzuweisen, sondern nach den Bestimmungen des Geschäftsplanes zu verfahren, abgelehnt.

* Der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie Ballin ist an Rippenfellentzündung erkrankt.

* In Paris wurde gestern abend eine zur Erinnerung an die Erschießung Ferrers veranstaltete Gedenkfeier von Anarchisten gesprengt.

* Näheres im Text des Blattes.

kandidatur nähertreten. Es soll hierdurch verhindert werden, daß bei einem Gentamtabkommen über die thüringischen Wahlkreise zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen der Wahlkreis Sonneberg den Nationalliberalen überlassen wird, wenn diese im Wahlkreise Meiningen 1 wieder für Dr. Müller eintreten.

Becker als Sieger.

Der Prozeß Becker ist, wie gestern im Abendblatt von uns gemeldet, urplötzlich zu Ende gegangen, ohne daß es zu einem Urteil gekommen wäre. Nach der Strafprozeßordnung — die auch in diesem Punkte sehr reformbedürftig ist — darf die Unterbrechung einer Verhandlung vier Tage nicht überschreiten, widrigenfalls das ganze Beweisverfahren nochmals von vorn aufgerollt werden muß. Diese mehr als viertägige Unterbrechung wird nun aber eintreten, da auf Anordnung des Gerichts die Fortsetzung der Verhandlung am Sonnabend aufgehoben worden ist.

Diese überraschende Wendung ist zunächst um so merkwürdiger, als Becker bereit und fähig war zu verhandeln und als von seiten seiner Verteidiger keine Anträge vorlagen.

Was das Gericht zu diesem plötzlichen Abbruch des Prozesses bewogen haben mag, steht zurzeit noch völlig dahin. Man dürfte wohl nicht allzu weit fehlgehen, wenn man annimmt, daß die Auseinandersetzungen, die der Prozeß notwendig im Gefolge haben mußte, für die beteiligten amtlichen Kreise sehr wenig wünschenswert waren, so daß sie lieber von einer weiteren Verfolgung des Angeklagten absahen, der nunmehr — vorläufig wenigstens — sich als Sieger betrachten kann. An eine Wiedereröffnung des Prozesses ist wohl kaum zu denken. Immerhin liegt die Eventualität im Bereiche der juristischen Möglichkeit.

Der Prozeßkorso, der nun hinter uns liegt, hat eine äußerst nützliche Wirkung gehabt. Er hat die Fäden der konservativen Macht bis zu einem erheblichen Grade aufgedeckt und uns einen tiefen Blick hineintun lassen in die Abhängigkeitsverhältnisse auf dem Lande und in den Kleinstädten. Der Landrat als kleiner, aber absoluter König in Preußen ist scharf skizziert, und es wird nötig sein, auf den Prozeß noch im Zusammenhang zurückzukommen, um seine kulturelle und politische Bedeutung darzulegen und ihn als scharfe Waffe zu benutzen im Kampfe gegen die Koalition der Bureaukratie und des Junkertums in Ostelbien.

Es bleibt bei der Kammer Lieber.

Die Erwartung, der Justizminister werde das Verfahren der Staatsanwaltschaft mißbilligen, die im Widerspruch mit dem die alphabetische Verteilung der Strafsachen vorschreibenden Geschäftsplan die Moabiter Krawallprozesse der dritten Strafkammer des Landgerichtsdirektors Lieber zuweist, hat sich nicht erfüllt. Der Justizminister hat vielmehr auf die Eingabe der bei den Krawallprozessen als Verteidiger beteiligten Rechtsanwälte folgende Antwort erteilt:

Berlin W. 8, den 28. Oktober 1910.
Wilhelmstraße 65.

Auf die telegraphische Vorstellung vom gestrigen Tage erwidere ich, daß über die Frage, ob die aus Anlaß der Moabiter Unruhen bei dem Landgericht I hierselbst anhängig gewordenen Strafsachen zum Zwecke der gleichzeitigen Verhandlung zu verbinden sind, lediglich das mit den einzelnen Sachen befaßte Gericht zu entscheiden hat. Vor welcher Strafkammer die verbundenen Sachen zur Verhandlung zu gelangen haben, bestimmt sich nach der Geschäftsverteilung. Daß die erste Anklage bei der Strafkammer 4 zur Eröffnung des Hauptverfahrens vor der Strafkammer 3 erhoben worden ist, hat lediglich darin seinen Grund, daß in der betreffenden Sache die Voruntersuchung zuerst geschlossen worden ist. Bei dieser Sachlage vermag ich zu Maßnahmen im Justizverwaltungswege einen Anlaß nicht zu erkennen. Ich ersuche Sie, den Mitunterzeichnern des Protokolls von diesem Bescheide Mitteilung zu machen.

gez. Beseler.

An Herrn Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn hierselbst.

Wir vermögen diesen Beschluß, als stichhaltig nicht zu erkennen. Er ändert nichts an der Tatsache, daß bei der Verteilung der Moabiter Prozesse nicht nach dem Gesetz und dem Geschäftsplan verfahren worden ist, daß vielmehr ein Ausnahmezustand geschaffen wurde.

Neue portugiesische Handelsverträge. Nach einem Telegramm aus Lissabon beabsichtigt die neue portugiesische Regierung, das System der handelspolitischen Beziehungen mit dem Auslande zu ändern und über den Abschluß neuer Handelsverträge zu verhandeln. Auf Einfuhrartikel aus den Ländern, die den portugiesischen Waren nicht das Recht der Meistbegünstigung einräumen, sollen Zuschlagszölle erhoben werden. Das Gesetz über die Einführung dieser Zuschlagszölle soll erst nach dem Zusammentritt der konstituierenden Versammlung zur Anwendung gebracht werden. Zu derselben Zeit werden die bereits abgeschlossenen Handelsverträge zur Vorlage gelangen.

Dallwitz, Maltzahn und die Presse.

Der Minister des Innern, v. Dallwitz, hat nach einer Mitteilung der „Frankfurter Zeitung" auf die Vorstellungen des Bundes Deutscher Redakteure wegen der bekannten Stolper Rede des Oberpräsidenten Freiherrn v. Maltzahn folgenden Bescheid erteilt:

Die von dem Oberpräsidenten der Provinz Pommern bei Gelegenheit einer Festfeier in Stolp am 5. September dieses Jahres geäußerte Ansicht, daß das Gros der deutschen Zeitungen in der sommerlichen Ferienzeit vielfach von jungen, noch unerfahrenen Leuten bedient werde, beruht auch meines Dafürhaltens auf tatsächlich nicht zutreffenden Voraussetzungen.

Insbesondere erkenne ich gern an, daß namentlich für die im Bunde Deutscher Redakteure vertretenen ernsten Preßorgane die Annahme nicht zutrifft, daß ihre Haltung bei Abwesenheit leitender Persönlichkeiten durch mangelhafte Auswahl von Vertretern beeinträchtigt werde. Andererseits kann ich nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß die fragliche Aeußerung und die scharfe Form, in welche sie gekleidet worden ist, auf die erklärliche Erregung zurückzuführen ist, welche die unrichtige (?) und das monarchische Empfinden verletzende Auslegung kaiserlicher Worte seitens einzelner Preßorgane in weiten Kreisen kurz zuvor hervorgerufen hatte.

„Die zum Schluß versuchte Entschuldigung ist — so bemerkt die „Frankfurter Zeitung" mit vollem Recht — rechtlendenlahm. Ueber die Königsberger Kaiserrede ist die große Mehrheit des Volkes durchaus anderer Meinung als der Minister, und sie billigt die an dieser Rede geübte Kritik rückhaltlos. Jedenfalls berechtigt eine andere Meinung nicht zu herabsetzenden Bemerkungen, wie sie der Oberpräsident von Pommern sich herausgenommen hat. Das erkennt ja auch der Minister an. Hoffentlich ist dem Oberpräsidenten „das Nötige" eröffnet worden."

Eine Beleidigung des Gastwirtestandes.

Dem Grafen Max v. Taufftirchen-Guttenberg zu Engelburg, der bei Grünstadt im Bezirksamt Frankenthal in der Pfalz die Schankwirtschaft „Zum Ochsen" betreibt, ist von der bayerischen Regierung die Führung des Grafentitels während der Dauer eines solchen Geschäftsbetriebes untersagt worden.

Wie kommt die bayerische Regierung zu einem solchen Verbot? Mit welchem Recht untersagt sie einem Manne, der ehrlich sein Brot erwirbt, die Führung des ihm rechtlich zustehenden Namens? Denn so lange wir in Deutschland Adelstitel haben, ist das Adelsprädikat ein zu Recht bestehender Bestandteil des Namens. Durch das ausgesprochene Verbot gibt die bayerische Regierung zu erkennen, daß sie das Betreiben einer Gastwirtschaft für unwürdig des Grafentitels bezeichnet, also für eine minderwertige Beschäftigung.

Was sagen die deutschen Gastwirte dazu? Unseres Erachtens handelt ein Graf, der durch den Betrieb einer Gastwirtschaft sich seinen Lebensunterhalt erwirbt, der also ehrlich arbeitet, bedeutend ehrenhafter als ein „Standesgenosse", der etwa nur von den „Liebesgaben" lebt, oder als gewerbsmäßiger Spieler oder durch eine Scheinehe mit einer reichen Kokotte seine Existenz fristet. Selbstverständlich wird jedes Gericht das Verbot der bayerischen Regierung für unberechtigt erklären.

Um das Vertrauensvotum für Briand.

Die Mehrheitsparteien des französischen Parlaments verhandeln gegenwärtig über die Form des Vertrauensvotums; das dem Kabinett Briand in der Angelegenheit des Eisenbahnerstreiks ausgesprochen werden soll. Nach einem Telegramm aus Paris faßte die sozialistisch-radikale Gruppe der Deputiertenkammer in einer gestern abend abgehaltenen Versammlung mit 25 gegen 14 Stimmen den Beschluß, nach Beendigung der Interpellationsdebatte eine Tagesordnung einzubringen, in der über den Eisenbahnerstreik Bedauern ausgesprochen und die Regierung ersucht wird, die Forderungen der Eisenbahner einer Lösung entgegenzuführen, die an der Sabotage unbeteiligten Eisenbahner wieder einzustellen und die Freiheit des Syndikats zu schützen. Der größte Teil der Radikalen und der Linksrepublikaner dürfte jedoch eine bereits unter den Deputierten zirkulierende Tagesordnung annehmen, in der der Regierung Vertrauen ausgesprochen und ihr Vorgehen sowie ihre Erklärungen gebilligt werden. Die regierungsfreundlichen Blätter erklären, das Ministerium werde eine nur ganz offene Vertrauenstagesordnung annehmen. Es sei Sache der republikanischen Parteien, sich über einen durchaus unzweideutigen Wortlaut zu einigen.

Spionage auf einem französischen Unterseeboot. Aus Cherbourg wird gemeldet: Einem Unbefugten ist es gelungen, sich in das Unterseeboot „Messidor" einzuschleichen und das Innere mit Magnesiumlicht zu photographieren. In Marinekreisen hat der Vorfall große Erregung hervorgerufen.

Die gestohlene Melinitkiste gefunden. Aus Paris wird berichtet: Die aus einem Eisenbahnwagen auf der Strecke Vernon—Mantes gestohlene Melinitkiste ist gestern abend in der Nähe des Bahnhofmagazins gefunden worden. Man vermutet, daß die Diebe befürchteten, die Kiste könnte bei ihnen entdeckt werden und es deshalb vorzogen, sie zurückzubringen.

Das klerikale Problem in Spanien. Wie bereits im Morgenblatte berichtet wurde, erklärte in der gestrigen Sitzung des spanischen Senats der Ministerpräsident Canalejas, er werde zurücktreten, wenn das Cabensagesetz nicht angenommen würde, das die geistlichen Orden den Staatsgesetzen unterwirft. Wie